

# In Bern ist sogar der Geldadel rot-grün

Extrem hohe Steuern, linke Politik, wenig Interesse am Geldverdienen – und die Leute leben gerne dort: Die Bundesstadt ist ein Sonderfall

KATHARINA FONTANA

Man weiss nicht, ob man Melanie Mettler beglückwünschen oder bemitleiden soll. Die grünliberale Politikerin wird 2025 die neue Finanzdirektorin der Stadt Bern und soll als «bürgerliche» Einzelmaske in der rot-grünen Stadtregierung so etwas wie die Opposition vertreten. Ihre Gegenspieler sind zahlreich. Zum einen ist da das Berner Stadtparlament, das zusehends linksradikale Positionen vertritt und mit immer kurioseren Ideen auffällt. Etwa jener, Strassennamen zu gendern und aus dem Fischerweg den Fischer\*innenweg zu machen. Oder ein bedingungsloses Grundeinkommen zu testen, den öffentlichen Raum komplett werbefrei zu machen oder ein «sicherer Hafen» für Flüchtlinge aus aller Welt zu sein. Kurz: Die Berner Politiker sind für Forderungen zu haben, die man in einem Juso-Seminar erwarten würde.

## Ausgeben, was man nicht hat

Zum ändern wurde mit der Grünen Ursina Anderegg eine Frau in die Stadtregierung gewählt, die findet, dass Geld dazu da sei, es auszugeben. Selbst dann, wenn man es nicht hat. Anderegg, bis anhin stellvertretende Leiterin der Fachstelle für Chancengleichheit der Universität Bern, gilt selbst in der rot-grünen Berner Bubble als sehr, sehr weit links stehend. Sie wird die Direktion für Bildung, Soziales und Sport führen, die mit Abstand grösste Direktion.

Die Grüne fiel nach ihrer Wahl in der Zeitung «Der Bund» mit der Aussage auf, dass sie die Aufregung über die steigende Verschuldung Berns – die Stadt hat rund 1,4 Milliarden Franken verzinsliche Schulden – nicht verstehe. Dass die Reserven in ein paar Jahren weggeschmolzen sein könnten, schreckt sie auch nicht: Wenn man mehr Geld brauche, könne man ja noch immer die Steuern erhöhen, in erster Linie die Unternehmenssteuern. Notabene nimmt der Kanton Bern bei den Gewinnsteuern schon jetzt die unrühmliche Spitzenposition ein. Auch für Private ist Bern fiskalisch ein sehr ungemütliches Pflaster, wobei die Hauptschuld dafür nicht bei der Stadt selber liegt, sondern beim ambitionslosen bürgerlichen Kanton und bei dessen exorbitant hohen Steuern.



Die Grünliberale Melanie Mettler hat als neue Kassenwartin der Stadt Bern zahlreiche Gegenspieler.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

Das Geldausgeben und Schuldenmachen dürfte also weitergehen, dies umso mehr, als die Stadtbürger Wahlen im November dem rot-grünen Lager weitere Sitzgewinne gebracht haben und die bürgerliche Seite mit ihrem Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Regierung kläglich unterging. Doch woher kommt das Geld für all die Wohltaten? Wer ist bereit, das rot-grüne Programm zu finanzieren?

Kurz ein Blick in die Steuerstatistik: Die Stadt Bern hat im Jahr 2023 insgesamt 580 Millionen Franken Gemeindesteuern eingenommen, der Gesamtbetrag ist in den letzten Jahren stetig gestiegen (2019 waren es noch 500 Millionen Franken). Zwei Drittel davon stammen von Privaten. Die Unternehmen leisten einen Viertel an die gesamten Steuereinnahmen. Ein Prozent der juristischen Personen (rund 120 an der Zahl) sind börsen-

kotierte Unternehmen, sie liefern mehr als einen Drittel der Gewinnsteuern ab.

Bei den Privaten versteuern ungefähr 13 Prozent – also jeder achte Stadtbürger – null Einkommen. 16 Prozent der Steuerpflichtigen haben ein steuerbares Einkommen bis zu 20 000 Franken. Die zahlenmässig grösste Gruppe der Steuerzahler – gut 40 Prozent – rangiert zwischen 20 000 und 60 000 Franken. Knapp 20 Prozent weisen ein steuerbares Einkommen zwischen 60 000 und 100 000 Franken auf, und 10 Prozent liegen über der Schwelle von 100 000 Franken. Die grösste Altersgruppe, die keine oder kaum Steuern zahlt, sind Personen zwischen 20 und 40 Jahren. Die 40 Prozent Steuerpflichtigen mit Einkommen zwischen 20 000 und 60 000 Franken tragen einen Anteil von knapp 30 Prozent an der gesamten Steuerleistung. Der grosse

Rest wird von den Mittelverdienern bis 100 000 Franken und vor allem von der Gruppe mit Einkommen über 100 000 Franken bezahlt: Erstere steuern 28 Prozent bei, Letztere 41 Prozent.

## Es fehlt das Unternehmer-Gen

Damit ergibt sich folgendes Bild: 30 Prozent der Stadtbürger zahlen keine oder so gut wie keine Steuern. 40 Prozent zahlen knapp 30 Prozent. Die restlichen 30 Prozent der Einwohner zahlen 70 Prozent der Einkommenssteuern. Bern steht damit nicht schlechter da als andere Städte: Die Mehrheit der Bevölkerung zahlt Steuern, die Steuerlast ist einigermaßen verteilt und keine exklusive Angelegenheit der Leute mit hohem Lohn. Gleichzeitig ist klar: Wenn es den besten Steuerzahlern mit den sozialisti-

schen Umverteilungen und dem fröhlichen Geldverteilen zu bunt wird und sie wegziehen, hat die Stadt ein Problem.

Die Berner scheinen die Steuern allerdings nicht als drängendes Problem wahrzunehmen. Bei der letztmals 2023 durchgeführten Bevölkerungsbefragung meinte zwar jeder Achte, dass er die Belastung als zu hoch empfinde. Gleichzeitig sagten satte 97 Prozent der Befragten, dass sie sehr gerne oder eher gerne in Bern wohnen. Der typische Stadtbürger lässt sich sein gutes Lebensgefühl also nicht durch die Steuern trüben.

Das Wohlbefinden mag auch damit zusammenhängen, dass viele Probleme, mit denen andere Schweizer Städte konfrontiert sind, in der Bundesstadt weniger ausgeprägt sind. Die Ausländerquote ist deutlich tiefer als etwa in Basel, Genf oder Zürich, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist geringer, Grenzgänger gibt es nicht. Die Stellen in der Verwaltung im Bund, im Kanton und in der Stadt wachsen stetig, auch die SBB, die Post und das Gesundheitswesen sind zuverlässige Arbeitgeber. Angesichts des sicheren und wenig kompetitiven Arbeitsumfelds kann man sich mehr erlauben als anderswo.

Für den langjährigen Lokaljournalisten Jürg Steiner, Mitgründer des Online-Magazins «Hauptstadt», ist Bern ein wirtschaftspolitischer Sonderfall, der auf die Zeit des Ancien Régime zurückgeht. Die Berner Patrizier hätten mit dem Unternehmertum gefremdelt und sogar ein Gesetz erlassen, das es den herrschenden Familien untersagt habe, sich an kaufmännischen oder industriellen Firmen zu beteiligen. Das wirke bis heute in der Berner Gesellschaft nach, so Steiner, es fehle das unternehmerische Gen.

Einen Wandel hat auch die einflussreiche und wohlhabende Bürgergemeinde Berns durchgemacht, die Nachfolgeorganisation der Patrizier, der ein Drittel des städtischen Bodens gehört. Obschon sie nach wie vor eine bürgerlich-konservative Ausstrahlung hat, tendiert sie inzwischen zu progressiven Positionen und gibt das Geld gerne für rot-grüne Anliegen aus. Laut der «Hauptstadt» sind die meisten der politisch aktiven Bürger in linken Parteien tätig, vor allem in der SP. Salopp gesagt: In Bern ist sogar der Geldadel rot-grün.

# Komfort zählt mehr als Leistung

In den Berufsschulen soll die Abschlussprüfung abgeschafft werden – Lehrkräfte sind empört

SEBASTIAN BRIELLMANN

Das Schweizer Bildungssystem wird seit Jahrzehnten umgepflegt, von oben nach unten, von praxisfernen Theoretikern, wie Lehrer bemängeln. Lehrplan 21, Weiterentwicklung der Gymnasien, KV-Reform: Es sollten jeweils grosse Würfe werden, die das weltweit bewunderte System der dualen Bildung stärken. Das Resultat ist ernüchternd: eine Nivellierung nach unten. Die Leistungen der Schüler werden immer schlechter – dennoch steigt etwa die Maturitätsquote stetig an. Das kann nicht aufgehen. Lehrer sind frustriert, immer öfter verlassen sie vorzeitig den Beruf.

Die neuste umstrittene Absicht des zuständigen Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI): die Abschaffung der Abschlussprüfung, die Zehntausende Lehrlinge jedes Jahr im allgemeinbildenden Unterricht (ABU) absolvieren müssen. Das ist jener schulische Teil der angehenden Berufsleute, in dem sie sich nicht mit berufsspezifischen Themen, sondern mit Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Recht beschäftigen – oder mit Sprache. Rund ein Drittel der Lektionen sind für den ABU reserviert. Für die Gesamtnote zählen sollen ab 2026 nur noch die Erfahrungsnoten und die Abschlussarbeit – zu je 50 Prozent.

Gegen dieses Vorhaben wehren sich viele Akteure aus der Praxis und auch aus der Politik mit Vorstössen im Nationalrat und in kantonalen Parlamenten.

Das SBFI zeigte sich im Sommer, als sich der Widerstand manifestierte, überaus unbeeindruckt, wollte zuerst die Auswertung der Vernehmlassung abwarten. Die ist nun da – und das Resultat ist eindeutig: Eine Mehrheit der Kantone, der Parteien, der Verbände, Konferenzen, Ämter und Bildungsinstitutionen wehrt sich.

## Merkwürdige Kommunikation

Konrad Kuoni, der Präsident des Zürcher Verbands der Lehrkräfte in der Berufsbildung, ist empört. Wie so oft ist es dieser Verband, der öffentlich kämpft und dessen Protagonisten sich auch in den Medien äussern. Auch Kuoni wurde im November über diesen «breiten Konsens» informiert, in einem Bürgerbrief – unterzeichnet von Toni Messner, dem Leiter des Ressorts Berufliche Grundbildung beim SBFI. Kuoni sagt: «Diesen Konsens gibt es einfach nicht. Das ist faktisch widersprüchlich.» Es scheint so, dass man beim Bund einfach mache, was man wolle.

Dieser hält auch jetzt eisern an der Umsetzung fest. Auf Anfrage teilt das SBFI mit, dass nach «sorgfältiger» Auswertung und «intensiver Diskussion in der Projektorganisation» festgestellt worden sei: Die Reform spiegle einen «breit abgestimmten Konsens der Verbundpartner wider». Hier muss man stutzig werden: Im Vergleich zum Schreiben, das Kuoni erhalten hat, wird hier mit dem Wort «Verbundpartner» allerdings mächtig zurückbuchstabiert. Dass diese involvierten Partner

dafür sind, ist selbsterklärend – sie haben die Reform ja eng begleitet. Auf die Kritik, warum man in öffentlichen Schreiben einen falschen Eindruck erweckt («breiter Konsens»), geht das SBFI jedoch nicht ein.

Kuoni hofft immer noch, dass nicht umgesetzt wird, was keine breite Zustimmung findet. «Das ist eine Idee aus einer bestimmten Küche: Leistung wird verschmäht, den Schülern soll alles möglichst einfach gemacht werden, bloss keinen Stress verursachen.» Und das drücke man dann einfach durch – obschon es dafür keine Mehrheiten gebe. Das SBFI lässt aber in seinem Antwortschreiben kaum Zweifel offen: Die Reform wird kommen.

Für Kuoni ist das unverständlich: Er möchte, wie er klar festhalten will, nicht das gegenteilige Extrem – wie etwa in einigen asiatischen Ländern –, wo schon Kinder derart unter Druck gesetzt würden, dass sie daran oft zerbrächen. Aber er ist der Meinung: «Wer sich auf eine Prüfung vorbereiten muss, der lernt nicht nur auf einen Test, sondern auch, wie man mit Drucksituationen umgehen kann.» Das sei gut und wichtig – fürs ganze Leben. «Noch», sagt Kuoni, «hat die Berufsbildung einen Wert. Achten wir darauf, dass es so bleibt.» Und er spricht eine Warnung aus: «Wer die Anforderungen an staatlichen Schulen beständig senkt, ist Steigbügelhalter der Privatschulen.» Die erfreuen sich bereits jetzt eines Zuwachses – und der Grund, den man hört, ist oft derselbe: Dort wird noch aufs Leistungsprinzip gesetzt.

Die Befürchtung von Kuoni und den Kritikern: Wenn mit der Abschlussprüfung ein wichtiger Pfeiler wegbreicht, senkt dies die Aussagekraft der Bewertung, also der Note. So fehlt ein objektives Kontrollinstrument. Was kann der Schüler wirklich? Kuoni sagt, dass man sich folgenden Vergleich vergegenwärtigen müsse: «Das ist, als würde man am Ende des Gymnasiums auf die Maturitätsprüfungen verzichten und lediglich auf Zeugnisnoten und Maturaarbeit setzen.» Daran hat, bisher zumindest, noch niemand gedacht. Aber bei der heutigen Reformitis wisse man ja nie.

## Was ist wichtiges Wissen?

Da stellt sich die Frage: Und jetzt soll man noch die vielleicht letzte Kontrollfunktion – die Abschlussprüfung – abschaffen? Und dafür die Abschlussarbeit stärken, die mit KI geschrieben werden kann (was wiederum für einen Lehrer unmöglich zu bewerten ist)? Kuoni sagt: «Diese Reform kann nur bewirken, dass das Niveau sinkt.»

Das SBFI sieht das ganz anders. Es teilt mit, dass «zu beachten» sei, dass es das «Hauptziel der Reform» sei, die «Allgemeinbildung zu stärken und auf den Erwerb von Kompetenzen auszurichten». Nur auf die Abschlussprüfung zu fokussieren, «greife zu kurz». Der neue Lehrplan sei auf den Erwerb von «Wissen und von Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen» ausgerichtet.

Gleichzeitig sei, schreibt das SBFI, die Schlussprüfung heute «zu stark Fachwissen-orientiert» und darum nicht mehr «zeitgemäss». Was Wissen ist und welches Wissen wichtig ist: Das weiss offenbar nur der Staat. Einschätzungen aus der Praxis scheinen nicht mehr gefragt.

ANZEIGE

«Beim Geld wähle ich die Sicherheit. Damit ich beim Leben das Abenteuer wählen kann.»



Nils Braun  
Auszubildender  
Kaufmann  
Privatversicherung

Wir unterstützen Menschen dabei, ihr Leben finanziell selbstbestimmt zu gestalten.

SwissLife